

## Antrag

der **Fraktion DIE LINKE**

Thema: **„Deutschland-Ticket“ zum Sozial-Ticket weiterentwickeln: Bus und Bahn bezahlbar - für alle und überall!**

### **Der Landtag möge beschließen:**

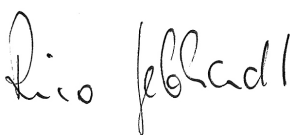
Die Staatsregierung wird aufgefordert,

mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln und Möglichkeiten unverzüglich geeignete Maßnahmen zu ergreifen, damit auch Menschen mit geringem oder keinem eigenen Einkommen sowie Menschen in den ländlichen Räumen in Sachsen die Leistungen des so genannten Deutschland-Tickets in Anspruch nehmen und so an einer sozialen Verkehrswende teilhaben können, indem sie insbesondere

1. darauf hinwirkt, dass für den Freistaat Sachsen in Abstimmung mit den betroffenen Kommunen, Verkehrsverbänden und Verkehrsunternehmen in Sachsen spätestens ab dem 1. Oktober 2023
  - a) ein kostenfreies „Deutschland-Ticket“ für alle Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren,
  - b) ein ermäßigtes „Deutschland-Ticket“ für maximal 25 Euro pro Monat für Auszubildende, Studierende, Freiwilligendienstleistende, Senior:innen und Empfänger:innen von Sozialleistungenangeboten wird (Sozial-Ticket), wobei die dadurch entstehenden Mehrausgaben in voller Höhe aus dem Staatshaushalt finanziert werden.
2. im Zusammenwirken mit den betroffenen Kommunen und Verkehrsverbänden in Sachsen die Voraussetzungen für ein Mindestbedienungsangebot im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) schafft, mit dem sichergestellt wird, dass jede Gemeinde
  - a) mit mehr als 500 Einwohner:innen mindestens im Zwei-Stunden-Takt,
  - b) mit mehr als 5.000 Einwohner:innen mindestens im Ein-Stunden-Takt und
  - c) mit mehr als 10.000 Einwohner:innen mindestens im Halb-Stunden-Takt

Dresden, 05.07.2023

- b.w. -



Rico Gebhardt  
Fraktionsvorsitzender

durch den ÖPNV bedient wird (ÖPNV-Bedienungsstandard) und die dafür notwendigen Mehrausgaben aus dem Staatshaushalt des Freistaates Sachsen bereitstellt.

3. gegenüber der Bundesregierung und im Bundesrat mit dem erforderlichen Nachdruck selbst die Initiative zu ergreifen, damit
  - a) schnellstmöglich bundeseinheitliche Regelungen eines kostenfreien sowie eines vergünstigten Sozial-Ticket-Angebots nach dem Antragspunkt 1 eingeführt werden und
  - b) eine längerfristige, mindestens jedoch bis zum Jahre 2027 gesicherte Finanzierung des Deutschlandtickets durch den Bund unter der Maßgabe sichergestellt wird, dass der Deutschland-/Sozial-Ticketpreis in Höhe von 49 Euro bzw. 25 Euro stabil bleibt.

### **Begründung:**

Seit dem 1. Mai 2023 gibt es das so genannte Deutschland-Ticket, mit dem für 49 Euro im Monat deutschlandweit Busse und Bahnen des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und Regionalverkehrs genutzt werden können. Neben dem im Vergleich zu vielen vorherigen ÖPNV-Abonnements günstigen Ticketpreisangebot wird insbesondere mit dem Ende des Tarif-Wirrwarrs geworben, welches nun das einheitliche Ticket gebracht habe.

Beim genaueren Hinsehen besteht das Tarif-Wirrwarr allerdings noch fort. So gibt es nach wie vor unterschiedliche Regelungen zur Fahrradmitnahme, aber auch zu vergünstigten Angeboten etwa für Studierende, Auszubildende sowie Empfängerinnen und Empfänger von Sozialleistungen. So bieten etwa Niedersachsen und Hessen vergünstigte Deutschlandtickets als Sozialtickets an, Mecklenburg-Vorpommern bezuschusst ein vergünstigtes Deutschlandticket für Seniorinnen und Senioren und Auszubildende und in Bayern gibt es eines, welches Studierende und Auszubildende ermäßigt erwerben können.

In Sachsen fehlen bislang landesweit geltende Tarifiermäßigungen für Menschen mit geringem Einkommen. Zudem gibt unterschiedliche Regelungen bei vorhandenen Ermäßigungen: etwa für Studierende, die je nach Verkehrsverbund unterschiedlich teure Upgrade-Möglichkeiten für ihre Semestertickets kaufen können, mit denen das Semesterticket als Deutschland-Ticket genutzt werden kann oder auch vergünstigte Deutschland-Ticket-Angebote für bestehende Sozialtickets der in Sachsen tätigen Verkehrsunternehmen.

Zwar kündigte der Sächsische Wirtschaftsminister Martin Dulig an, sich auf Bundesebene für bundesweit einheitliche Lösungen, insbesondere für Studierende, einzusetzen, doch bislang konnte weder eine Einigung erzielt werden, noch gibt es bis dahin zumindest sachsenweit einheitliche Übergangslösungen.

Vor diesem Hintergrund fordert die Fraktion DIE LINKE die Staatsregierung auf, in Abstimmung mit den betroffenen Kommunen, Verkehrsverbänden und Verkehrsunternehmen schnellstmöglich Ermäßigungen für das Deutschland-Ticket auch für Sachsen auf dem Weg zu bringen, die vor allem Menschen mit geringem oder keinem Einkommen sowie Familien mit Kindern nutzen können. Bei der im Antrag vorgesehenen Ermäßigung wird dem Vorbild der Freien Hansestadt Bremen gefolgt, deren Sozialticket zum Preis von 25 Euro im Monat erworben werden kann.

Solange mit dem Bund noch keine Einigung, u.a. für Studierende, erreicht werden kann, muss Sachsen vorangehen und die nötigen Mittel aus dem Staatshaushalt bereitstellen, damit das Versprechen eines günstigen Tickets für alle auch wirklich für alle eingelöst wird.

Nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE ist es in den Verhandlungen mit dem Bund ebenso wichtig, eine langfristige finanzielle Zusicherung der gemeinsamen Finanzierung zwischen Bund und Ländern zu erreichen, damit sowohl die Kommunen und Verkehrsverbünde als auch die Verkehrsunternehmen und vor allem die ÖPNV-Nutzer:innen eine längerfristige Preis- und Angebotsgarantie bekommen. Nur so kann das Deutschland-Ticket bzw. die Nutzung des ÖPNV langfristig eine sichere, preisgünstige Alternative zur privaten PKW-Nutzung bzw. zum motorisierten Individualverkehr werden.

Dies setzt allerdings zunächst einmal ein sachsenweit attraktives ÖPNV-Angebot voraus. Damit der Erwerb eines Deutschlandtickets für Menschen in ländlichen Räumen überhaupt infrage kommt, ist ein massiver und zügiger Ausbau des ÖPNV zwingend notwendig.

Die Einführung eines Mindestbedienstandards, den die Fraktion DIE LINKE mit dem Antragsbegehren einfordert, bildet die Grundlage für einen angebotsorientierten ÖPNV in Sachsen. Darauf wies jüngst auch der Präsident des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), Ingo Wortmann warnend hin: „Wenn jetzt keine Angebotserweiterungen folgen, wird der eine oder andere das Deutschland-Ticket als Mogelpackung ansehen" (Dresdner Neuste Nachrichten, Ausgabe vom 22. Juni 2023). Fest steht, dass die Kommunen und Verkehrsverbünde allein eine dringend notwendige Angebotserweiterung nicht finanzieren können. Im Gegenteil: Der VDV-Präsident Wortmann warnte angesichts der derzeitigen flächendeckenden Kostensteigerungen, dass einige Nahverkehrsunternehmen ihr Angebot sogar zurückfahren könnten (ebd.). Dies muss unbedingt verhindert werden. Daher steht der Freistaat Sachsen in der Pflicht, schnellstens die mit dem Antrag begehrte ÖPNV-Angebots-Offensive für Sachsen starten und auskömmlich aus dem Staatshaushalt finanzieren muss.